Thema: Verbraucherschutz, Empfehlung an die LMV: Wir empfehlen die Übernahme folgender Ziele auf bundespolitischer Ebene

I. Stärkung der Verbraucherpolitik

- *Statement*: Die NRW-Piraten sprechen sich für eine Stärkung der Position des Verbraucherministeriums durch Ausbau des Verbraucherministeriums zu einem echten Querschnittsressort; integriert werden müssen die für die Verbraucher besonders relevanten Themenbereiche.
- *Statement*: Die NRW-Piraten sprechen sich für die Aufwertung und Erweiterung der Kompetenzen für den Wissenschaftlichen Beirat Verbraucher- und Ernährungspolitik aus.
- *Statement*: Die NRW-Piraten sprechen sich für eine Ergänzung der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien in der Hinsicht aus, dass die Prüfung der Auswirkungen von geplanten Rechtsnormen für Privathaushalte nicht dem <u>Bundeswirtschaftsministerium</u>, sondern dem <u>für Verbraucherschutz zuständigen Bundesministerium</u> obliegt.
- *Statement*: Die NRW-Piraten sprechen sich aus für die Bestimmung von "Verbraucherbeauftragten" als Ansprechpartner und Koordinatoren für Verbraucherbelange in allen anderen Ressorts zur Stärkung der Querschnittskompetenzen.

II. Etablierung verbraucherfreundlicher Regeln im Finanzmarkt

• *Statement*: Die NRW-Piraten sprechen sich für eine Umsetzung der <u>von Ilse Aigner</u> <u>angekündigten Gesetzinitiative</u> aus zur Schaffung von mehr Transparenz in der Bank-Beratung.

Arguliner: Die derzeitige Situation ist aus Verbrauchersicht dringend verbesserungsbedüftig: Ein Test durch Stiftung Warentest zur Qualität der Anlageberatung kam zu einem erschreckenden Ergebnis - nicht eine einzige Bank hat mit "gut" abgeschnitten. Hier versagt offensichtlich die Selbstregulierung des Marktes. Nicht nur der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) kommt aus diesem Grund zu dem Schluss, dass verbindliche Vorgaben durch die Politk geschaffen müssen. Deshalb unterstützen wir die Forderung von Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner, "dass Chancen und Risiken eines Produkts klar erkennbar sein müssen". Ein gut verständliches Produktinformationsblatt, das Auskunft über Rendite, Kosten und Risiko geben, sollte u.a. zum Standard werden.

• *Statement*: Die NRW-Piraten sprechen sich für eine Korrektur des <u>Risikobegrenzungsgesetzes</u> im Sinne der Verbraucherschutzintention aus. Derzeit wird es dem beabsichtigten Schutz des Kreditnehmers nicht gerecht, so daß von Fachleuten massive Kritik geübt [3] [4] [5] wird.

V. Erleichterung der Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit des Konsums

• Schaffung von Transparenz hinsichtlich des "ökologischen Rucksacks" eines Produktes sowie der soziale Verantwortung der Hersteller. Dazu Schaffung geeigneter Plattformen durch die Bundesregierung; die Corporate Social Responsibility (CSR)-Tests der Stiftung Warentest sind auszubauen

VI. Ausbau der Verbraucherrechte in der digitalen Welt: Soziale Marktwirtschaft 2.0

- das Land NRW soll im Bundesrat eine Intitiative einbringen zur internationalen Etablierung der "Charta der Rechte der Verbraucher in der digitalen Welt"[6] und dahingehend einwirken, dass sich die Bundesregierung auf europäischer und internationaler Ebene dafür stark macht
- Verbraucherfreundliche Haftungsregeln bei Betrugs-Attacken (wie z.B Diebstahl von Kreditkarteninformationen, Phishing, Pharming etc.); hierzu gehört eine Pflicht zur umgehenden Information der Betroffenen, wenn ihre Daten unbefugt in die Hände Dritter gelangt sind
- Klare gesetzliche Regelungen zum Einsatz von RFID und der damit verbundenen Datenschutzrelevanten Folgen. Die Piratenpartei spricht sich i.A. wegen des hohen Datenmissbrauchspotentials gegen die Verwendung von RFID im Verbraucherbereich aus. Deswegen ist generell zunächst die Vermeidung des Einsatzes anzustreben.